



76. Jahrgang / April 2003

# Merkblatt

## für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

### INHALT

- |   |  |
|---|--|
| 14. <i>Getränkesteuererstattung auf dem Prüfstand: ist die rückwirkende landesgesetzliche Erstattungsregelung gemeinschaftsrechtskonform?</i> | 19. <i>Säumnis im Abgabeverfahren</i>                                  |
| 15. <i>Neuregelung des Fundwesens</i>   | 20. <i>Zur Mitteilungspflicht gemäß § 109 EStG 1988</i>                |
| 16. <i>Abgabenertragsanteile Jänner bis März 2003 und Zwischenabrechnung 2002</i>   | 21. <i>Abgrenzung Deponierung – landwirtschaftliche Rekultivierung</i> |
| 17. <i>Problemstoffsammelstellen und Recyclinghöfe – Förderungen des Landes</i>   | 22. <i>Neue Adressgestaltung bei Postsendungen</i>                     |
| 18. <i>Untersuchung von Wasser auf die Qualität für den menschlichen Gebrauch</i>   | <i>Verbraucherpreisindex für Februar 2003 (vorläufiges Ergebnis)</i>   |

## 14.

### Getränkesteuererstattung auf dem Prüfstand: ist die rückwirkende landesgesetzliche Erstattungsregelung gemeinschaftsrechtskonform

In Österreich war der Vertrieb von Getränken und Speiseeis bis zum Jahr 2000 mit Gemeindesteuern belegt. Die österreichischen Gemeinden bestritten einen erheblichen Teil ihrer Einnahmen aus diesem Steueraufkommen. Die Abgabepflichtigen berechneten den von ihnen geschuldeten Steuerbetrag selbst und erklärten ihn gegenüber der Verwaltung.

Im März 2000 entschied der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften, dass eine Verbrauchsteuer-richtlinie der Gemeinschaft aus dem Jahr 1991 der Erhebung dieser Steuern, soweit sie alkoholische Getränke betrafen, entgegenstehe (vgl. Urteil vom 9. März 2000 in der Rechtssache C-437/97). Die Wirkung dieses Urteils wurde jedoch auf Erstattungsansprüche von Abgabepflichtigen beschränkt, die bereits vor diesem Zeitpunkt Klage erhoben oder einen entsprechenden Rechtsbehelf eingelegt hatten.

Noch vor dem Urteil wurden die Vorschriften über die Erstattung von Steuerguthaben geändert, so dass der Abgabepflichtige Abgaben, die – auch vor dieser Änderung – zu Unrecht erhoben worden waren, nicht mehr wiedererlangen konnte, falls die Belastung wirtschaftlich von einem Dritten getragen worden war. Die einzige Ausnahme von dieser Vorschrift betraf Personen,

die Anspruch auf Erstattung einer vom Verfassungsgerichtshof für rechtswidrig befundenen Abgabe erhoben.

Erstattungsansprüche wurden in der Folge von den Abgabenbehörden zurückgewiesen und gegen die Zurückweisungsentscheidungen Beschwerde beim österreichischen Verwaltungsgerichtshof eingelegt. Das österreichische Gericht möchte vom Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften wissen, ob die Änderung der Vorschriften über die Erstattung mit dem erwähnten EuGH-Urteil vom 9. März 2000 und mit Artikel 10 EG-Vertrag (Gemeinschaftstreuepflicht der Mitgliedstaaten) vereinbar ist.

Generalanwalt Jacobs hat heute seine Schlussanträge in dieser Rechtssache vorgetragen.

Der Generalanwalt weist darauf hin, dass zwar feststehe, dass dem Einzelnen ein Recht auf Erstattung innerstaatlicher Abgaben zustehe, die unter Verstoß gegen das Gemeinschaftsrecht erhoben worden seien, dass es aber Sache der Mitgliedstaaten sei, die Ausgestaltung der auf diese Erstattung anwendbaren Verfahren festzulegen. Er schlägt dem Gerichtshof vor, zu antworten, dass die Änderung nicht gegen Gemeinschaftsrecht verstoße, sofern sie dahin ausgelegt werde, dass sie nicht weniger günstig gestaltet sei als bei entsprechenden Fäl-

len, die nur innerstaatliches Recht betreffen (Äquivalenzgrundsatz), und die Ausübung der durch die Gemeinschaftsrechtsordnung verliehenen Rechte nicht praktisch unmöglich mache oder übermäßig erschwere (Effektivitätsgrundsatz).

Zum Äquivalenzgrundsatz stellt der Generalanwalt fest, dass die Novelle ihrem Wortlaut nach nicht ausdrücklich unterscheidet zwischen Klagen, die auf nationales Recht, und solchen, die auf Gemeinschaftsrecht gestützt seien. Die Ausnahme für Personen, die ein Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof angestrengt hätten, könne gegen den Äquivalenzgrundsatz verstoßen, da sie darauf hinauslaufen könne, dass diejenigen, die gegen für mit nationalem Recht unvereinbar befundene Abgaben vorgingen, günstiger behandelt würden als diejenigen, die gegen für mit dem Gemeinschaftsrecht unvereinbar befundene Abgaben vorgingen.

Zum Effektivitätsgrundsatz führt der Generalanwalt aus, dass es nicht gegen Gemeinschaftsrecht verstoße, wenn ein Mitgliedstaat die Erstattung zu Unrecht erhobener Abgaben verweigere, falls sie zu einer ungerechtfertigten Bereicherung führen würde. Der bloße Umstand, dass die durch die Abgabe hervorgerufene Belastung beispielsweise auf einen Kunden abgewälzt worden sei, bedeute jedoch nicht zwingend, dass der Einzelhändler keine wirtschaftliche Einbuße erlitten habe, da er möglicherweise die mit der Abgabe verbundene Belastung mit dem normalen Preis selbst getragen habe oder Umsatzverluste habe hinnehmen müssen, indem er in Anbetracht der Abgabe die Preise erhöht habe.

Nach Ansicht des Generalanwalts sollte das nationale Gericht solchen Faktoren bei der Auslegung der Bestimmung Rechnung tragen.

Generalanwalt Jacobs verweist zudem darauf, dass bestimmte Vermutungen oder Beweisregeln, die dem Abgabepflichtigen die Beweislast auferlegten, und bestimmte Verfahrensfristen die Erstattung einer zu Unrecht erhobenen Abgabe praktisch unmöglich machen oder übermäßig erschweren könnten, vor allem dann, wenn sie rückwirkend angewandt würden. Es sei nicht Sache des Gerichtshofes der EG, das innerstaatliche Verfahrensrecht auszulegen; das vorlegende Gericht müsse sich jedoch davon überzeugen, dass die Vorschriften über die Beweismittel nicht zu Ungunsten des Anspruchstellers ausgestaltet seien. Der Generalanwalt ist speziell der Ansicht, dass es mit dem Effektivitätsgrundsatz unvereinbar wäre, gäbe es im innerstaatlichen Verfahrensrecht eine Vermutung, dass die Belastung wirtschaftlich von einem Dritten getragen worden sei, oder ein Erfordernis, dass der Anspruchsteller den Gegenbeweis zu erbringen habe. Der Effektivitätsgrundsatz wäre auch verletzt, falls eine Person nach innerstaatlichem Verfahrensrecht verpflichtet wäre, Beweismittel vorzulegen, wenn diese Verpflichtung zu der Zeit, als die Beweismittel hätten erlangt werden können, noch nicht bestanden hätte.

Nähere Informationen unter [www.curia.eu.int](http://www.curia.eu.int)

Die Richter des Gerichtshofes treten nun in die Beratung dieser Rechtssache ein. Das Urteil wird zu einem späteren Zeitpunkt verkündet.

## 15.

### Neuregelung des Fundwesens

Mit der jüngsten Novelle zum Sicherheitspolizeigesetz (BGBl. I, 2002/104) wurde das Fundwesen „neu“ geregelt. Für die Mehrzahl der steirischen Gemeinden bewirkt diese Novelle allerdings eine reine Klarstellung der Zuständigkeiten und wird in der Praxis nicht viel ändern.

Bislang fanden sich die Regelungen über das Fundwesen in den Bestimmungen der §§ 388 ff ABGB. Demnach waren Funde ab bestimmten Wertgrenzen der Ortsobrigkeit (also Polizeibehörde bzw. Gemeinde) zu melden. Die Verwahrungspflicht blieb grundsätzlich beim Finder, die „Obrigkeit“ trafen wiederum Kundmachungs- und unter Umständen Verwertungsver-

pflchtigungen. In der Praxis hingegen erfolgte auch bereits bisher die Verwahrung meist in den Fundämtern bei Polizeibehörden bzw. Gemeindeämtern.

Durch die Novellierung des Gesetzes wurden die Zuständigkeiten vereinheitlicht und ist nunmehr ausschließlich der Bürgermeister Fundbehörde. Durch die Neufassung der §§ 388 ff ABGB fallen unter das Fundwesen sowohl verlorene als auch vergessene Sachen. Gemäß § 390 ABGB hat der Finder einen Fund bei der zuständigen Fundbehörde – das ist gemäß § 14 Abs. 5 SPG der Bürgermeister der Fundgemeinde – anzuzeigen und abzugeben. Die Fundbehörde wiederum hat nach § 42a SPG den Fund entgegenzunehmen und so-

weit wie möglich dem Eigentümer bzw. rechtmäßigen Besitzer auszuliegen. Ist dies nicht möglich, hat sie den Fund aufzubewahren. Funde mit einem Wert über € 100,- sind durch Anschlag an der Amtstafel oder sonst auf ortsübliche Weise bekannt zu machen. Funde, deren Wert € 1.000,- übersteigt, sind in einer Weise bekannt zu machen, dass deren Auffindung einem größeren Personenkreis bekannt wird, hiezu stehen Anschläge, Verlautbarungen in Zeitungen oder etwa auch die Veröffentlichung im Internet als Möglichkeiten offen.

Wenn ein Fund nicht ohne bedeutsamen Wertverlust aufbewahrt werden kann oder die Aufbewahrung unverhältnismäßige Kosten verursacht, ist die Fundbehörde berechtigt, die Sache feilzubieten und lediglich den Erlös aufzubewahren.

Die Verpflichtung zur Meldung und Abgabe von Fundgegenständen besteht für einen Finder erst ab einem Gemeinwert der Sache von € 10,-, es sei denn, dass auch bei geringerwertigen Wertsachen erkennbar ist, dass die Wiedererlangung der Sache für den Verlierer von erheblicher Bedeutung ist.

Macht ein Verlustträger (Verlierer, Eigentümer) seine Ansprüche auf einen Fundgegenstand nicht innerhalb eines Jahres geltend, so kann der Finder die Ausfolgung des Fundes begehren. Die Jahresfrist beginnt mit der Anzeige (bzw. bei Sachen bis zu einem Wert von € 10,- mit dem Fund). Während nach der bisherigen Rechtslage ein Finder nach Ablauf der Jahresfrist zwar ein Benützungsrecht erwarb, zum Eigentumserwerb jedoch der Ablauf der allgemeinen Verjährungszeit von drei Jahren erforderlich war, geht nach der neuen Rechtslage das Eigentum am Fund gemäß § 395 ABGB bereits mit der Ausfolgung durch die Fundbehörde auf den Finder über.

Funde, die weder vom Eigentümer noch vom Finder beansprucht werden, verfallen. Die Verfallsfristen richten sich nach dem Wert der Fundsache: Fundgegenstände bis zu einem Wert von € 20,- verfallen, wenn der Finder nach Ablauf der Jahresfrist und weiterer sechs Wochen seinen Eigentumserwerb nicht geltend macht und die Sache abholt (§ 42a SPG).

Bei Fundsachen mit einem Wert von unter € 20,- hat der Bürgermeister hingegen den Finder schriftlich durch RSA-Zustellung zu verständigen, dass der Fund oder Erlös verfällt, wenn der Finder ihn nicht binnen sechs Monaten ab Zustellung der Verständigung bei der Fundbehörde abholt.

Verfallene Sachen sind - soweit sie nicht wegen ihrer besonderen Beschaffenheit vernichtet werden müssen - nutzbringend zu verwerten, wobei die Einnahmen jener Gebietskörperschaft zufließen, die den Aufwand durch die Verwaltung der Sache getragen hat - also in Hinkunft wohl der Gemeinde. Nähere Vorschriften zur Verwertung sollen noch durch eine gesonderte Verordnung des Bundesministers für Inneres geregelt werden.

Nach § 53 Abs. 5 SPG ist die Fundbehörde auch ermächtigt, sämtliche für die Ausfolgung des Fundes an den Eigentümer oder rechtmäßigen Besitzer oder allenfalls an den Finder maßgeblichen personenbezogenen Daten zu ermitteln und weiterzuverarbeiten.

Beim Finderlohn hat sich nichts Wesentliches geändert. Nach §§ 393, 394 und 396 ABGB hat der Finder Anspruch auf 10% des Wertes der gefundenen Sache. Übersteigt dieser jedoch € 200,-, so beträgt der Finderlohn hinsichtlich des Übermaßes nur die Hälfte dieses Prozentsatzes. Hinsichtlich der neu einbezogenen „vergessenen“ Sachen ist der Finderlohn jedoch nur halb so hoch wie für andere Fundsachen. Für Streitigkeiten über den Finderlohn ist das Bezirksgericht zuständig. Nach wie vor haben Sicherheitsorgane, die Sachen im Dienst finden bzw. Finder, die ihrer Meldepflicht nach §§ 390 und 391 ABGB schuldhaft nicht nachkommen, keinen Anspruch auf Finderlohn.

Die Neuregelungen sind mit 1. Februar 2003 in Kraft getreten, wobei die Bestimmungen der §§ 392 bis 397 ABGB nicht gelten, wenn der Finder die verlorene oder vergessene Sache bereits vor diesem Datum entdeckt und an sich genommen hat.

Im Zusammenhang mit den Neuregelungen soll nochmals darauf hingewiesen werden, dass derzeit vielfach die Einrichtung von Internetfundämtern (etwa oder) propagiert wird. Die (kostenpflichtige) Beteiligung an derartigen Systemen kann als durchaus zweckmäßiges Instrument eines Bürgerservice angesehen werden. Auch für die Gemeinde bieten die Möglichkeiten der Verlagerung der angebotenen Terminverwaltung, Vereinheitlichung der Geschäftsabläufe und Verwertung von verfallenen Fundgegenständen unter Umständen Vorteile. Eine Verpflichtung der Gemeinden, sich an derartigen Systemen zu beteiligen, besteht - trotz manch gegenteiliger (Zeitungs-) Meldungen - jedoch nicht.

## 16.

**Aufkommen an Abgabenertragsanteilen der Gemeinden  
Jänner bis März 2003 einschließlich Zwischenabrechnung 2002**

Ertragsanteile an	Jänner-März		Differenz	Änderung
	2002	2003		
<b>EINKOMMEN-U. VERMÖGENSTEUERN</b>				
	in Euro	in Euro	in Euro	in %
Veranlagter Einkommensteuer	9.420.126	7.700.304	-1.719.822	-18,26
Lohnsteuer	38.800.438	41.137.579	2.337.141	6,02
Kapitalertragsteuer	843.349	914.001	70.652	8,38
Kapitalertragsteuer auf Zinsen	1.740.596	1.907.082	166.486	9,56
Körperschaftssteuer	14.131.342	9.697.085	-4.434.257	-31,38
Bodenwertabgabe	129.628	150.857	21.229	16,38
<b>SUMME Einkommen- u. Vermögenst.</b>	<b>65.065.479</b>	<b>61.506.908</b>	<b>-3.558.571</b>	<b>-5,47</b>
<b>SONSTIGEN STEUERN</b>				
Umsatzsteuer*	29.100.020	30.019.056	919.036	3,16
Abgabe von alkoh. Getränken	644	998	354	55,01
Biersteuer	830.235	827.057	-3.178	-0,38
Mineralölsteuer	1.545.285	1.697.132	151.847	9,83
Alkoholst., Branntweinaufschl., Monopolausgl.	474.132	540.765	66.633	14,05
Weinsteuer	20	0	-20	-100,00
Schaumwein- u. Zwischenerz.Steuer	93.167	97.188	4.021	4,32
Werbeabgabe	521.073	722.493	201.420	38,65
Grunderwerbssteuer	13.731.575	12.144.042	-1.587.533	-11,56
<b>SUMME sonstige Steuern</b>	<b>46.296.151</b>	<b>46.048.731</b>	<b>-247.420</b>	<b>-0,53</b>
<b>Verbleiben Ertragsanteile an Einkommen- u. Vermögenst. und sonstigen Steuern</b>	<b>111.361.630</b>	<b>107.555.639</b>	<b>-3.805.991</b>	<b>-3,42</b>
Zuteilung gem. § 12 Abs. 2 FAG	769.212	1.024.962	255.750	33,25
<b>Summe ohne Zwischenabrechnung</b>	<b>112.130.842</b>	<b>108.580.601</b>	<b>-3.550.241</b>	<b>-3,17</b>
Zwischenabrechnung**	31.888.241	20.081.790	-11.806.451	-37,02
<b>G E S A M T</b>	<b>144.019.083</b>	<b>128.662.391</b>	<b>-15.356.692</b>	<b>-10,66</b>
*davon Getränkesteuerausgleich	6.833.829	6.902.173	68.344	1,00
**davon Getränkesteuerausgleich	5.712.291	5.262.061	-450.230	-7,88
Summe	12.546.120	12.164.234	• -381.886	-3,04

# 17.

## Problemstoffsammelstellen und Recyclinghöfe – Förderungen des Landes

### 1. Richtlinien für die Förderung der Abfallwirtschaft:

Gemäß § 1 der Kundmachung der Landesregierung vom 3.3.1998 über die Richtlinien für die Förderung der Abfallwirtschaft, kundgemacht im Boten für Tirol Nr.506/1998, gewährt die Landesregierung Gemeinden, Gemeindeverbänden und sonstigen juristischen Personen, an denen Gemeinden oder Gemeindeverbände mit mind. 50 % beteiligt sind, u.a. Förderungen für die Einrichtung von Recyclinghöfen sowie die Errichtung von stationären Problemstoffsammelstellen.

Gemäß § 4 Abs. 1 der Richtlinie ist beim Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Umweltschutz, schriftlich unter Vorlage der entsprechenden Unterlagen anzusuchen. Gemäß § 4 Abs. 3 der Richtlinie erfolgt die Auszahlung des Förderungsbetrages bei Vorlage der Originalbelege nach ordnungsgemäßer Beendigung und Bezahlung der zu fördernden Maßnahme und nach Verfügbarkeit der entsprechenden Mittel.

### 2. Abfallwirtschaftsgesetz 2002

Am 2. November 2002 ist das Abfallwirtschaftsgesetz 2002 (AWG 2002), BGBl. I Nr. 102/2002 in Kraft getreten.

Gemäß § 54 Abs. 1 Zif. 1 und 2 AWG 2002 sind die Errichtung und der Betrieb sowie eine wesentliche Änderung von **öffentlich zugänglichen Altstoffsammelzentren** oder **öffentlich zugänglichen Sammelstellen für Problemstoffe** der **Bezirksverwaltungsbehörde** anzuzeigen. In der Anzeige ist darzulegen, dass die öffentlichen Interessen im Sinne des § 1 Abs. 3 AWG 2002 nicht beeinträchtigt werden.

Die Bezirksverwaltungsbehörde hat gemäß § 54 Abs. 2 AWG 2002 binnen drei Monaten eine Genehmigung – erforderlichenfalls unter Vorschreibung der geeigneten Auflagen, Bedingungen oder Befristungen – zu erteilen. Voraussetzung für eine Genehmigung ist, dass die öffentlichen Interessen im Sinne des § 1 Abs. 3 AWG 2002 nicht beeinträchtigt werden. Andernfalls ist die Errichtung und der Betrieb der genannten Anlagen zu untersagen.

### 3. Weitere Vorgangsweise:

Nach dem AWG 2002 bedarf die Errichtung und der Betrieb von Recyclinghöfen und öffentlich zugänglichen Problemstoffsammelstellen einer Genehmigung der Bezirksverwaltungsbehörde. Eine Förderung im Sinne der zitierten Richtlinie wird daher in Zukunft erst nach rechtskräftiger Erteilung der Genehmigung gemäß § 54 AWG 2002 erfolgen.

Abteilung Umweltschutz  
Zahl U-3000a/165 vom 14. Februar 2003

# 18.

## Untersuchung von Wasser auf die Qualität für den menschlichen Gebrauch

Die Verordnung über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Trinkwasserverordnung – TWV), BGBl. II Nr. 304/2001, sieht je nach Größe der Wasserversorgungsanlage eine unterschiedliche Häufigkeit der Untersuchungspflicht für Trinkwasser vor. Gemäß § 5 TWV ist aber jede Trinkwasserversorgungsanlage zumindest einmal im Jahr zu überprüfen. Die Gutachten über die gemäß Anhang II der TWV durchgeführten Untersuchungen sind dem Landeshauptmann als zuständige Behörde zu übermitteln.

Aus aktuellem Anlass wird an diese Untersuchungspflicht erinnert und ersucht, die hierfür erforderliche Auftragsvergabe für das Jahr 2003 an den zu beauftragenden Untersuchungsberechtigten nach § 50 Lebensmittelgesetz rechtzeitig zu veranlassen.

- Es wird ersucht, die **Trinkwasseruntersuchungsergebnisse** aus verwaltungswirtschaftlichen Gründen **direkt** durch den beauftragten Untersuchungsberechtigten **in die amtliche Wasserwirtschaftsdatenbank bei der Abteilung Wasserwirtschaft** des Amtes der Tiroler Landesregierung zu übertragen. Die Untersucher sind dafür ausgerüstet, die Daten digital zu übermitteln.

- Für technische Fragen steht **Dipl. Ing. Johannes Pinzer (Telefon Nr.: 0512/ 508-Dw 4215)** von der Abteilung Wasserwirtschaft zur Verfügung.

- Weiters wird gebeten, alle Betreiber von Wasserversorgungsanlagen, insbesondere Wassergenossenschaften, über die Untersuchungspflicht und die Vorlage der Gutachten zu informieren (Gemäß § 1 Gemeindegeldgesetz obliegt der Gemeinde unter anderem die Obsorge über das Trinkwasser).

Liste der Untersuchungsberechtigten nach § 50 Lebensmittelgesetz:

1. Österr. Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH, Lebensmitteluntersuchung Innsbruck, Technikerstraße 70, 6020 Innsbruck, Tel. 0512/22440;

2. Arge Umwelt - Hygiene GmbH, Haspingerstraße 9, 6020 Innsbruck, Tel. 0512/571573;

3. Arge Wasseranalytik, Duilestraße 30, 6020 Innsbruck, Tel. 0512/562263;

4. FHC, Food-Hygiene-Control, Mikrobiologisches Labor für Lebensmittel und Trinkwasser, Saur 45, 6491 Schönwies; Tel. 05418/5389;

5. Hydrologische Untersuchungsstelle Salzburg, Lindhofstraße 5, 5020 Salzburg, Tel. 0662/433257;

6. Institut für Hygiene und Sozialmedizin der Leopold-Franzens-Universität, Fritz-Pregl-Straße 3, Innsbruck, Tel. 0512/507-3412.

Abteilung Gesundheitsrecht  
Zahl Vd-LM-1006-10/4/Th vom 3. Februar 2003

## 19.

### Säumnis im Abgabeverfahren

Gemäß § 234 der Tiroler Landesabgabenordnung, LGBL Nr. 34/1984, geht auf schriftliches Verlangen der Partei die Zuständigkeit zur Entscheidung an die Abgabenbehörde zweiter Instanz über, wenn ein Bescheid der Abgabenbehörde erster Instanz der Partei nicht innerhalb von sechs Monaten nach Einlangen des Anbringens zugestellt wird. Ein Devolutionsantrag von der Abgabenbehörde zweiter Instanz an eine übergeordnete Behörde ist in der Tiroler Landesabgabenordnung nicht vorgesehen.

Wie der Verwaltungsgerichtshof zur vergleichbaren Regelung des § 311 Abs 2 BAO ausgesprochen hat, kommt ein Devolutionsantrag bei Säumnis der Abgabenbehörde zweiter Instanz nicht in Betracht (Hinweis E 13.10.1993, 91/13/0058). Dies gilt auch für das Verfahren nach der Tiroler Landesabgabenordnung.

aus: Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes  
vom 20. Dezember 1999, Zahl 97/17/0141

## 20.

### Klarstellungen zur Mitteilungspflicht gemäß § 109 EStG 1988

Zur Mitteilungsverpflichtung gemäß § 109 EStG 1988 werden nachstehende Klarstellungen getroffen:

#### Meldepflicht nur bei natürlichen Personen:

Die Mitteilungspflicht besteht, wenn in § 1 Abs. 1 der Verordnung BGBl. II Nr. 417/2001 umschriebene Leistungen von **natürlichen Personen oder Personenvereinigungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit** erbracht werden.

Personenvereinigungen (Personengemeinschaften) ohne eigene Rechtspersönlichkeit sind z. B. OHG, KG, OEG, KEG, GesbR und Miteigentumsgemeinschaften.

Für Leistungen, die von juristischen Personen erbracht werden (z. B. Vereine, GmbH, AG), besteht somit keine Meldeverpflichtung.

#### Meldepflicht nach Zuflussprinzip:

Die Meldung hat den Charakter einer Kontrollmitteilung im Rahmen des Zu- und Abflussprinzips. Für die Meldung ist somit jenes Quartal maßgebend, in welchem das Entgelt im Sinne des § 19 EStG 1988 geleistet (verausgabt) wurde.

#### Leermeldung:

Sollten in einem Quartal keine meldepflichtigen

Honorare ausbezahlt werden, ist aus organisatorischen Gründen für das betreffende Quartal jedenfalls eine Leermeldung an die Abteilung Buchhaltung zu übermitteln.

#### Werkvertrag/freier Dienstvertrag:

Es wird klargestellt, dass sämtliche Leistungen, welche im Rahmen eines freien Dienstvertrages erbracht werden und der Versicherungspflicht gemäß § 4 Abs. 4 ASVG unterliegen, meldepflichtig sind.

Liegt ein reiner Werkvertrag vor (es wird eine einzelne Leistung geschuldet, deren Durchführung die Pflicht des Schuldners abschließend erfüllt = Zielschuldverhältnis), so beschränkt sich die Meldepflicht nur auf die im obgenannten Schreiben unter Punkt A umschriebenen Leistungen.

#### Zu meldende Daten:

Wenn keine Sozialversicherungsnummer des Leistenden bekannt ist, muss jedenfalls das Geburtsdatum angegeben werden, ansonsten kann die Meldung nicht verarbeitet werden und wird zurückgewiesen.

Abteilung Finanzen  
Zahl VII-2/003/58 vom 14. März 2003

# 21.

## Abgrenzung Deponierung – landwirtschaftliche Rekultivierung

### 1. Einleitung

Ergibt sich, dass

- für Schüttmaßnahmen im Rahmen der Landwirtschaft lediglich Bodenaushub mit der SN 31411 laut ÖNORM S 2100, Abfallkatalog, ausgegeben am 1. September 1997, verwendet wird,
- die davon betroffene Fläche nicht größer als 5.000 m<sup>2</sup> ist,
- die notwendige Menge an Bodenaushubmaterial 8.000 m<sup>3</sup> nicht übersteigt,
- diese Schüttmaßnahmen landwirtschaftlichen Zwecken (z.B. Rekultivierung von landwirtschaftlichen Flächen) dienen und einen Zeitraum von einem Jahr nicht überschreiten,

so ist **keine** Bewilligungspflicht nach abfallrechtlichen Vorschriften gegeben. Solche Maßnahmen sind nicht als Ablagerung von Abfall (**keine Deponie**), sondern als stoffliche Verwertung von Bodenaushub zu qualifizieren.

Davon unabhängig war eine allfällige **naturschutzrechtliche Bewilligungspflicht** zu prüfen.

### 2. Abfallwirtschaftsgesetz 2002:

Gemäß § 2 Abs. 5 Z. 1 Abfallwirtschaftsgesetz 2002 (AWG 2002), BGBl. I Nr. 102/2002, umfasst „Abfallbehandlung“ die im Anhang 2 genannten Verwertungs- und Beseitigungsverfahren. Die Abgrenzung zwischen Verwertung und Beseitigung ist in einer Gesamtabwägung zu beurteilen, bei denen die Kriterien ökologische Zweckmäßigkeit, Schonung von Ressourcen, Eignung der Abfallart, Gefahrenminimierung, ökonomische Zweckmäßigkeit und Art der Behandlungsanlage zu berücksichtigen sind.

Im Anhang 2 Z. 1 (Verwertungsverfahren) wird unter R10 ausdrücklich angeführt:

„Aufbringung auf den Boden zum Nutzen der Landwirtschaft oder der Ökologie“

Die Begriffe „stoffliche Verwertung“, „Behandlungsanlagen“ und „Deponien“ werden im § 2 Abs. 5 Z. 2 bzw. § 2 Abs. 7 Z. 1 und 4 AWG 2002 definiert.

Die Errichtung, der Betrieb und die wesentliche Änderung von ortsfesten Behandlungsanlagen bedarf grundsätzlich der Genehmigung der Abfallbehörde gemäß § 37 Abs. 1 AWG 2002.

Allerdings sind Behandlungsanlagen zur ausschließlichen stofflichen Verwertung von nicht gefährlichen Abfällen von der Genehmigungspflicht des § 37 Abs. 1 AWG 2002 ausgenommen. Dies gilt allerdings nur, wenn sie der Genehmigungspflicht gemäß den §§ 74 ff Gewerbeordnung 1994 (GewO 1994), BGBl. Nr. 194/1994,

zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 111/2002, unterliegen.

Eine Zusammenschau der angeführten Bestimmungen des AWG 2002 zeigt, dass Abfallbehandlungsanlagen behördlich zu genehmigen sind. Dies gilt auch dann, wenn die Abfallbehandlung als stoffliche Verwertung zu qualifizieren ist.

### 3. Zusammenfassung:

Die Verwendung von Abfällen der Abfallart Bodenaushub, SN 31411, im Zuge von landwirtschaftlichen Rekultivierungen ist als Abfallbehandlung zu qualifizieren. Bei Vorliegen der im § 2 Abs. 5 Z. 2 AWG 2002 genannten Voraussetzungen ist vom Verwertungsverfahren R 10 (vgl. Anlage 2 Z. 10 des AWG 2002) auszugehen.

Auch für diese Abfallbehandlung besteht die grundsätzliche Genehmigungspflicht des § 37 Abs. 1 AWG 2002. Ist der Ausnahmetatbestand des § 37 Abs. 2 Z. 1 AWG 2002 anzuwenden, besteht eine Genehmigungspflicht nach der GewO 1994.

Die Genehmigungspflicht für landwirtschaftliche Rekultivierungen ist allerdings zu verneinen, wenn auf letztere nicht der Begriff der „Anlage“ anzuwenden ist. Auch wenn der Begriff „Anlage“ weit auszulegen ist – als Anlage sind etwa Zwischenlager, Lagerplätze, Verkaufsräume, Magazine etc. zu qualifizieren –, muss diese von bloßen Schüttmaßnahmen abgegrenzt werden. Dabei sind unter Berücksichtigung der Ausführungen im Bundes-Abfallwirtschaftsplan 2001 (vgl. Kapitel 3.19 „Rekultivierungs- und Verfüllungsmaßnahmen“ im Bundes-Abfallwirtschaftsplan 2001, Teilband: Leitlinien zur Abfallverbringung und Behandlungsgrundsätze) folgende Kriterien zu berücksichtigen:

- Dauer der Maßnahme
- betroffene Fläche
- Menge

Davon ausgehend ist abschließend festzuhalten:

Die Verwendung von Abfällen der Abfallart Bodenaushub, SNr 31411 im Zusammenhang mit landwirtschaftlichen Rekultivierungsmaßnahmen ist dann nicht von der Genehmigungspflicht erfasst, wenn

- die davon betroffenen Fläche nicht größer als 1.000 m<sup>2</sup> ist,
- die notwendige Menge an Bodenaushubmaterial nicht 500 m<sup>3</sup> übersteigt,
- die Schüttmaßnahmen einschließlich der Begrünung innerhalb eines Zeitraumes von vier Monaten abgeschlossen sind.

Abteilung Umweltschutz

Zahl U-3000a/158 vom 5. Februar 2003

## 22.

### Neue Adressgestaltung bei Postsendungen

Die Post macht darauf aufmerksam, dass bei der Gestaltung des Adressblocks von Postsendungen ab sofort Änderungen zu berücksichtigen sind, wenn die Maschinenlesbarkeit der Adresse und damit eine raschestmögliche Zustellung der Sendung gewährleistet sein soll. Wie bisher ist im Adressblock nichts zu unterstreichen, es sind keine Leerzeilen einzufügen, es ist nichts gesperrt zu schreiben und es sind keine zusätzlichen Leerräume zulässig. Hervorhebungen durch Kursivschrift, Fettdruck,

Hohlschrift usw. sind zu unterlassen. Unmittelbar nach der letzten Adresszeile (Postleitzahl und Ort bzw. bei Auslandssendungen die Landesbezeichnung) darf nichts mehr geschrieben werden. Neu ist, dass vor der Postleitzahl kein Länderkürzel mehr stehen darf (A-, D-, I- usw.). Bei Inlandssendungen genügen Postleitzahl und Ort, bei Auslandssendungen ist in einer weiteren Zeile in Blockbuchstaben der Ländername ausgeschrieben anzuführen (z.B. DEUTSCHLAND, ITALIEN usw.).

### VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR FEBRUAR 2003 (vorläufiges Ergebnis)

	Jänner 2003 (endgültig)	Februar 2003 (vorläufig)		Jänner 2003 (endgültig)	Februar 2003 (vorläufig)
<b>Index der Verbraucherpreise 2000</b>			<b>Index der Verbraucherpreise I</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	105,4	105,5	Basis: Durchschnitt 1958 = 100	504,1	504,6
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b>			<b>Index der Verbraucherpreise II</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	110,9	111,0	Basis: Durchschnitt 1958 = 100	505,7	506,2
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b>			Der Index der Verbraucherpreise 2000 (Basis: Durchschnitt 2000 = 100) für den Kalendermonat Februar 2003 beträgt 105,5 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber Jänner 2003 (105,4 endgültige Zahl) um 0,1% gestiegen (Jänner 2003 gegenüber Dezember 2002: +0,2%). Die Steigerungsrate gegenüber Februar 2002 beträgt 1,7% (Jänner 2003/2002: +1,7%).		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	145,0	145,2			
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b>					
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	225,5	225,7			
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b>					
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	395,7	396,0			

**Erscheinungsort Innsbruck  
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

**MEDIENINHABER (VERLEGER):**  
Amt der Tiroler Landesregierung,  
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,  
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

*Für den Inhalt verantwortlich:* Dr. Helmut Praxmarer

*Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol

*Erklärung über die grundlegende Richtung:* Information der Gemeinden

*Druck:* Eigendruck